

Deutschland.

Berlin, 24. Januar. Ueber die Arbeiten des Abgeordnetenhauses sagt das halbamtliche Blatt: „Das Abgeordnetenhaus hat in der jüngsten Woche die Budgetberatung soweit erledigt, daß von den Etats der verschiedenen Verwaltung nur noch der des Kultusministeriums zu beraten bleibt. Mit Rücksicht auf den Wechsel in diesem Ministerium ist diese Beratung in Uebereinstimmung mit einem von dem Ministerpräsidenten ausgesprochenen Wunsche vorläufig ausgesetzt worden. Zur Feststellung des Staatshaushalts im Ganzen fehlt außerdem auch jetzt noch die vorgängige Beschlußnahme über die Erhöhung der Beamtensolden und über die von der Regierung beantragten Steuererleichterungen. In beiden Beziehungen sind die Vorberatungen in der Kommission noch nicht zum Abschluß gelangt, und es ist kaum zu erwarten, daß dies vor Ablauf des Monats Januar der Fall sein werde. Die Beratung des Staatshaushalts im Hause selbst wird sich daher voraussichtlich noch weit in den Februar hinein erstrecken.“

Unter diesen Umständen schwindet immer mehr die Hoffnung, daß auch nur ein größerer Theil der übrigen wichtigen Aufgaben dieser Session werde zur Erledigung gelangen können. In Folge des Eintritts eines neuen Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten wird allerdings ein Theil der bedeutenderen Vorlagen, welche aus diesem Ministerium bereits eingebracht oder doch angekündigt waren, zunächst einer erneuten Erwägung Seitens der Regierung selbst zu unterwerfen sein und deshalb aus dem Bereiche der nächsten Aufgaben des Landes ausschreiben. Nur die Vorlagen von unmittelbarer dringlicher Bedeutung werden voraussichtlich auch von dem neuen Minister der sofortigen Erledigung zugeführt werden. Wenn hiernach von dieser Seite jedenfalls eine erhebliche Einschränkung der Landtagsarbeiten eintritt, so ist umso mehr zu erwarten, daß dies der dringend wünschenswerthen Erledigung einiger anderer Gesetzentwürfe, namentlich der Kreisordnung zu Statuten komme, von deren vorgängiger Vereinbarung nach allseitigem Zustimmnisse der Fortgang fast aller wichtigen Reformen auf anderen Gebieten der Verwaltung abhängt.“

In der Braunsberger Angelegenheit veröffentlicht die „Germania“ drei weitere Aktenstücke. Das erste erhält eine am 8. Oktober v. J. von dem Bischof von Ermland an Sr. Majestät den König gerichtete Immediatvorstellung, welche mit der Bitte schließt, der anderweitigen Ertheilung des Religionsunterrichts durch einen nicht erkommunizierten Priester an Stelle des Dr. Wollmann nicht entgegen zu sein. Diese Immediatvorstellung hat durch den Kultusminister von Mühlner am 25. November eine kurze Beantwortung erhalten, welche wesentlich nur den kurzen Hinweis auf den allerhöchsten Befehl an die preussischen Bischöfe vom 18. Oktober und auf den dem Erzbischof von Köln zugegangenen Ministerialbescheid vom 25. November enthält. Auf diesen Ministerialbescheid hat dann aber (das dritte Aktenstück) der Bischof von Ermland am 20. Dezember dem Kultusminister von Mühlner eine außerordentlich lange Erwiderung zugehen lassen, welche einerseits die Rechtsfrage in Betreff des Dr. Wollmann erörtert, andererseits aber die neuesten Dogmen und besonders die päpstliche Unfehlbarkeit beleuchtet. Daß der Wollmann'sche Fall einer grundsätzlichen Entscheidung bedarf, ist namentlich in unserer Zeit anerkannt worden.

Wichtiger als dieses Turnier, mit Aktenstücken und Rechtsdeduktionen geführt, ist, daß die preussische Staatsregierung den Ansprüchen der Infallibilität mit Thatfachen entgegentritt. Die Bildung einer ordentlich organisierten altkatholischen Gemeinde in Köln schreitet rüstig vorwärts und ist wesentlich durch die preussische Regierung unterstützt worden. Dem in Köln gegründeten altkatholischen Lokalverein ist die im Staatseigenthum stehende Garnisons- (Pantaleon-) Kirche überlassen worden. Diese Ueberlassung ist auf eine energische Befürwortung durch den Gouverneur General-Lieutenant von Frankenberg bei dem Kriegsminister von Rosen erfolgt, welcher letztere die Entscheidung hierüber, wie der „A. Aegb. Ztg.“ aus Köln geschrieben wird, in einer Sitzung des Gesamtstaatsministeriums herbeiführte. Dadurch erlangt diese Angelegenheit eine prinzipielle Wichtigkeit. Der altkatholische Gottesdienst soll nun in der Pantaleonkirche am 2. Februar (Maria Reinigung) eröffnet, und die Gemeinde, welche an Mitgliedern fortwährend wächst, nach allen Seiten hin organisiert werden. Ihr Priester ist der oft genannte Dr. Langemann. Hoffentlich gelangt man nun auch in München bald in das Reine darüber, ob man zur Gemeindebildung schreitet, und ob Herr von Luz die dortige staatliche Stadtkirche den Alt Katholiken zur Mitbenutzung einräumen soll. Dies wäre mehr werth, als die dickblütigen Berichte und erhabendsten Wort-

gefechte über die Beschwerde des Bischofs von Augsburg und die Meringer Angelegenheit, welche jetzt gerade ein Jahr auf dem alten Fleck und auf der Tagesordnung steht.

Auf die Tages-Ordnung einer der nächsten Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses wird gesetzt werden: Schlußberatung über den Antrag der Abgeordneten Elsner von Gronow, von Behr (Grewald) und Genossen. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staats-Regierung aufzufordern: Dem Landtage der Monarchie noch während der jetzigen Session eine Vorlage zu machen, durch welche die Gründung eines landwirthschaftlichen Museums in Berlin gesichert wird, und zwar in solcher Ausdehnung, daß ein landwirthschaftliches Lehrinstitut in dem gedachten Museum entsprechende Räumlichkeiten erhält. Der Antrag der Referenten in dieser Angelegenheit lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: den vorstehenden Antrag in folgender Fassung anzunehmen: Die königliche Staats-Regierung aufzufordern: dem Landtage der Monarchie noch während der jetzigen Session eine Vorlage zu machen, welche dem landwirthschaftlichen Museum zu Berlin eigene Räumlichkeiten sichert und zwar in solcher Ausdehnung, daß auch der erforderliche Raum für Auditorien und zur Prüfung landwirthschaftlicher Maschinen vorhanden ist.“ — Wir haben übrigens früher schon mitgetheilt, daß die Regierung eine diesen Anträgen entsprechende Resolution noch in der gegenwärtigen Sitzungsperiode einbringen wird.

Der Wechsel im Kultusministerium. Die ministerielle „Prov.-Korr.“ schreibt heute: „Der neu ernannte Kultus-Minister Dr. Falk hat in seiner bisherigen Wirksamkeit auf juristischem und staatsrechtlichem Gebiete, namentlich durch seine hervorragende Mitwirkung an den großen gesetzgeberischen Arbeiten des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches eine seltene Begabung und Tüchtigkeit, eine große wissenschaftliche Klarheit und praktische Umsicht, so wie eine ernste Auffassung der staatlichen Angelegenheiten bewährt und ein großes Vertrauen in den politischen Kreisen erworben. Hierauf beruht die Zuversicht, daß er auch berufen sein werde, die umfassenden und schwierigen Aufgaben, welche seiner auf den verschiedenen Gebieten der ihm übertragenen Verwaltung harren, in ersprießlicher Weise erfüllen. Je tiefer die kirchlichen Bewegungen dieser Zeit auch die Beziehungen des Staates zur Kirche zu berühren, desto mehr kommt es darauf an, daß in der staatlichen Leitung der Kirchen- und Schul-Verwaltung ein Geist walte, welcher nach allen Seiten die Bürgerschaften voller Unbefangtheit und Gerechtigkeit, sowie des ersten Willens gewähren, eben so sehr die unveräußerlichen Rechte des Staates, wie die Ansprüche der stillen und religiösen Volkstheile zu wahren. Um diese schwierige Aufgabe zu erfüllen, ist ein festes Zusammengehen und volle Uebereinstimmung aller betheiligten Staatsgewalten unerlässlich. Möge das Vertrauen, welches der neue Minister auch innerhalb der Landesvertretung zu finden hoffen darf, ihm und der gesammten Staatsregierung bei der Durchführung ihrer Aufgabe eine zuverlässige Stütze sein.“

Trotz der Bestimmtheit, mit welcher französischerseits die Aufnahme der neuen Befestigungsarbeiten von Paris schon für den 1. März d. J. angekündigt wird, darf diese Nachricht sehr bezweifelt werden. Das Alesenhafte des Projekts, von welchem die neuen Befestigungen von Paris nur einen Theil bilden, läßt es vielmehr im hohen Grade unwahrscheinlich erscheinen, daß auch nur der Plan zu diesen neuen Befestigungs-Anlagen schon definitiv festgestellt sein sollte. Es handelt sich nämlich nach den Ausführungen der französischen Fachorgane darum, an Stelle der den deutschen Besitz übergegangenen ehemals französischen Grenzplätze ungefähr in den Linien von St. Quentin, La Fere, Reibel, Verdun und Toul, wie dahinter in der von Soissons, Reims, Chalons und Bitry einen neuen Doppelgürtel von Grenzplätzen zu schaffen, wobei die schon vorhandenen Festungen zu Waffenplätzen ersten Ranges erweitert, die neu zu besetzenden Plätze hingegen ebenfalls nach dem umfassendsten Maßstabe angelegt werden sollen, und als dessen räumlicher Centralpunkt dann eben Paris anzusehen bliebe. Noch gehen jedoch die Mittheilungen in Betreff der zur Erhebung zu Festungen auszuwählenden Orte weit auseinander. Für Deutschland besitzt diese ganze Angelegenheit natürlich nur insoweit eine Bedeutung, als seine eigenen Interessen dadurch berührt oder benachtheiligt werden. Noch erweist sich hierfür jedoch nicht die geringste Gefahr vorhanden. Die neue Befestigung von Paris würde bei der Ausdehnung, welche dieselbe jetzt erhalten soll, und bei dem jetzigen Stande der französischen Finanzen eine lange Reihe von Jahren beanspruchen, ein guter Theil der für eine erweiterte oder neue Befestigung auszuwählenden Orte befindet sich hingegen zur Zeit noch im deutschen Besitz. Nachsicht-

aber muß der Kostenpunkt der französischerseits projektierten neuen Befestigungsanlagen, zu denen für den Süden noch die erweiterten Befestigungen von BelFORT, Besancon, Langols und Lyon hinzuzutreten bestimmt sind, auf mindestens 500 Millionen veranschlagt werden, und erscheint derselbe viel zu hoch, als daß Frankreich in seiner gegenwärtigen Lage an eine rasche und umfassende Förderung dieser Arbeiten auch nur denken könnte. Endlich aber liegt der Präzedenzfall bereits vor, daß 1867 bei der damals so unendlich günstigeren französischen Finanzlage und unter der Direktion des sehr energischen französischen Kriegsministers Niel eine Neubefestigung von Lille, Metz, Verdun und Straßburg beschlossen wurde, und daß nichtsdestoweniger die Ausführung bis 1870 nur bei Metz über die ersten Anfänge hinaus gegeben war.

Nach hier eingegangenen Berichten — so wird offiziös gemeldet — bestätigt es sich, daß die Passage durch die Meerenge der Dardanellen und des Bosphorus von der türkischen Regierung für frei erklärt worden ist. Zur Vermeidung des Anlegens der Schiffe behufs Empfangnahme ihres Firman zu Konstantinopel bei der Rückfahrt vom Schwarzen zum Mitteländischen Meere haben sich die Schiffsführer bei der Ankunft aus dem Mitteländischen mit den beiden erforderlichen Firman, nämlich einem für den Bosphorus und einem für die Dardanellen, zu versehen.

Dem Vernehmen nach ist die Frage noch nicht entschieden, ob die Stelle eines Unterstaatssekretärs im Kultusministerium wieder besetzt werden soll. Im Verneinungsfall würde man die Abtheilungen unter eine dauernde Direktion stellen. Dies hätte ein Präzedenz im Handelsministerium, wo seit dem Ausscheiden von Pommer-Esche's die Stelle des Unterstaatssekretärs unbesetzt geblieben, ohne daß die Verwaltung darunter gelitten hätte. In diesem Falle würde die bereits als möglich bezeichnete Abänderung des Etats des Kultus-Ministeriums nothwendig werden.

Frankfurt a. M., 20. Januar. Bei der Subskription auf die Meininger Prämien-Pfandbriefe hat sich eine ansehnliche Ueberschreibung ergeben. — Die Anmeldungen bei dem Frankfurter Bankverein auf die Aktien der ersten englischen Wechselbank sind so bedeutend, daß eine Reduktion wahrscheinlich ist.

Stuttgart, 24. Januar. In Folge der Errichtung einer Societätsdruckerei Seitens der Buchdruckereibesitzer sind neuerdings viele Sezer abgereist. — Die Militärbehörde stellte der landständischen Druckerei Sezer zur Verfügung.

München, 22. Januar. Die Verhandlungen über die Beschwerde des Bischofs von Augsburg versprechen nicht nur sehr interessant, sondern auch sehr stürmisch zu werden. Nicht allein auf der einen Seite des Hauses besteht die Entschlossenheit, den Kampf aufs äußerste zu treiben, sondern auch die Regierung ist, wenn man so sagen darf, bis an die Zähne gerüstet. Das Wesentlichste aber liegt darin, daß die Regierung um jeden Preis ihren Standpunkt festzuhalten entschlossen ist und jenem verhängnisvollen Prinzip der Kompromisse, das stets zu Gunsten der Reaktion aktiv wird, für immer entsagt hat. Was den Ausgang dieser Angelegenheit betrifft, so besteht noch allgemein die größte Ungewißheit, ob und wie die Beschwerde von den beiden Kammern angenommen wird, d. h. ob der moralischen Niederlage auch eine reale folgt. Denn im Abgeordnetenhaus sind 4 bis 6 Stimmen, die sich erst im letzten Augenblicke schließt machen werden, doch spricht die Wahrscheinlichkeit hier für eine kleine liberale Mehrheit. Umgekehrt liegen die Dinge in der ersten Kammer, wo die Mehrzahl ohne Zweifel auf Seite der Regierung steht, obwohl die Prinzen mit Ausnahme eines einzigen im ultramontanen Lager dienen. Die Meinung des Staatsraths kommt, wie schon früher bemerkt ward, nicht in Betracht, bevor die Beschlüsse beider Kammern gefaßt wird, die Zusammensetzung dieser hohen Behörde aber macht es nicht unwahrscheinlich, daß eine ultramontane Entscheidung auch hier ein geneigtes Ohr fände. Das Zahlenverhältniß soll sich in dieser Beziehung wie 715 verhalten.

Ausland.
Paris, 22. Januar. Herr Thiers glänzte in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung durch seine Abwesenheit. Er soll wirklich den Ministern und verschiedenen einflussreichen Deputirten versprochen haben, die tragikomische Scene der letzten Tage nicht wieder aufzuführen zu wollen. Wenn es dem heißblütigen alten Herrn nur gelingt, sein Wort zu halten; es wird ihm jedenfalls sehr schwer fallen, der Rednertribüne fern zu bleiben. In der heutigen Sitzung wird die Zuckerraffinerie das Opfer. Die Bertheliger der Dunkelkräbe unterlagen trotz aller Anstrengungen dem Finanzminister und die Erhöhung der Zuckerssteuer um 20 Centimes per Pfund wurde von

einer starken Majorität angenommen. Die Ansicht, daß jetzt vorläufig von der Rückkehr nach Paris nicht mehr die Rede sein kann, macht sich immer mehr geltend. Der betreffende Antrag des Grafen Duchatel steht auf der Tagesordnung, die Diskussion desselben wird aber wahrscheinlich in Folge eines stillschweigenden Uebereinkommens vertagt werden. Daß, wie jetzt festgestellt ist, von der Pariser Garnison zwei Drittel bei der letzten Wahl für Viktor Hugo gestimmt haben, soll selbst Herrn Thiers stutzig gemacht haben.

Der neue russische Botschafter Fürst Orlov hat gestern Herrn Thiers seine Beglaubigungsschreiben überreicht und zwar in ganz derselben einfachen Weise wie es vor Kurzem Graf Arnim gethan hat. Heute Nachmittag stattete Fürst Orlov dem deutschen Botschafter einen Besuch ab.

Bei der Trauerfeierlichkeit, die vor einigen Tagen zur Erinnerung an die Schlacht von St. Quentin in dieser Stadt stattfand, hat der Militärgouverneur von Paris General-Lieutenant de Cotes du Nord, sprach von den Abwesenden, d. h. von den Elsassern und Lothringern, „die trotz ihrer augenblicklichen schmerzlichen Trennung Franzosen sind und bleiben“ und nach verschiedenen drohenden Phrasen trank er „auf ihre baldige Rückkehr in die große französische Familie.“ Herr Fouche de Careil ist allerdings nur eine lächerliche Persönlichkeit, in Deutschland berüchtigt durch seine angeblich vollständige Ausgabe der Werke von Leibniz, in denen es von eines Quarters würdigen Fehlern wimmelt; allein der Mann ist jetzt Präsekt, d. h. ein hoher Beamter der Regierung und daß ein solcher sich erlaubt, an einem öffentlichen Orte eine mit Drohungen und Schimpfworten gespielte Rede zu halten, gegen eine Macht gerichtet, mit der Frankreich im Frieden lebt, dürfte der Minister des Innern Herr Casimir Perier sicher nicht billigen.

Obwohl die Scene im Präsekturpalast recht rührend war, gab Herr Thiers doch nur zögernd, müde und unter allerlei Bedenken und Zweifeln über die Möglichkeit einer gründlichen Ausöhnung nach. Beim Nachhausegehen soll man in der Prozeßion der Abgeordneten vielfach die Worte vernommen haben: „Welche Komödie! Man muß nun für die Zukunft sorgen!“ Es ist nun auch bereits die Rede davon, zur Ernennung eines Vicepräsidenten der Republik zu schreiten, um nicht rathlos dazustehen, wenn Herr Thiers nochmals das Staatssteuer im Stiche läßt. Die Wahl wird indessen ungemein schwierig sein. Die Mitglieder der Rechten denken natürlich an den Herzog von Aumale, der aber als Vorläufer der Monarchie weder von Herrn Thiers noch von Herrn Grevy angenommen werden würde. Die Linke wünscht Herrn Grevy, der aber als Vorläufer der definitiven Republik von der Rechten jedenfalls verworfen werden würde. So ist denn auch von einem Dummvirat oder Triumvirat die Rede, um die streitenden Parteien auf dem Wege von Kompromissen unter einen Hut zu bringen.

Berlins, 22. Januar. Das offiziöse „Bien Public“ enthält folgende Mittheilungen: „Die Besorgniß im Auslande war während der letzten Tage sehr groß. Gestern Abend um 5 Uhr gingen an alle Regierungen Depeschen ab, welche die glückliche Lösung der Krise verkündigten. Später überbrachten zahlreiche Depeschen aus dem In- und Auslande dem Präsidenten der Republik die Glückwünsche der französischen Bürger und der fremden Regierungen.“ — Seitdem hat das ganze diplomatische Corps Herrn Thiers seine Genugthuung über den glücklichen Ausgang der Krisis ausgesprochen.

Von offiziöser Seite wird ferner gemeldet: „Wir glauben zu wissen, daß auch der Marschall Mac Mahon Herrn Thiers einen Besuch abstattete und von ihm im Namen der Armee verlangte, seine Demission zurückzunehmen. Herr Thiers, obgleich durch diesen Schritt sehr gerührt, bestand indes damals noch auf seinem Entschlusse. Bei dieser Gelegenheit versichert man uns, daß der Marschall von den peinlichen Berlegenheiten redete, in welche solche Krisen die militärischen Chefs versetzen. Er erklärte, daß er und seine Kameraden sich vor den Befehlen der Nationalversammlung, aber vor keiner Diktatur beugen würden.“

Die „Union“ meldet: „Der Kriegsminister hat dem Vernehmen nach vor dem Untersuchungsgerath, welchem der Marschall Baraguay d'Hilliers präsidiert, daß

